

Offensichtlich, dass sich diese Realität mit dem Ziel einer Pandemiebekämpfung beißt. Ähnliches gilt für den Impfstoff. Kürzlich haben einige Linkspartei-Politiker:innen die Forderung erhoben, der Staat müsse Biontech und Pfizer zwingen, die Lizenzen für die Impfstoffproduktion zur freien Verfügung zu stellen, so dass möglichst schnell möglichst viel von dem Impfstoff produziert werden kann. Die Erfüllung der Forderung ist zwar in diesem System utopisch, dass sie aber mit dem fadenscheinigen Verweis auf Qualitätsstandards abgelehnt wurde, sagt einiges aus.

Nämlich, dass die sonst immer wieder zitierte Binsenweisheit, das Virus müsse international bekämpft werden, seine Schranken findet, wenn es um die Profite eines deutschen Pharmaunternehmens geht. Da ist es dann mit der Solidarität vorbei.

## Soziale Unterschiede und Corona

Sicherlich: Das Virus selbst kennt keine Klassenunterschiede. Es infiziert und tötet arm und reich, wer aber im Kapitalismus das höhere Risiko hat sich zu infizieren und wer dann auch die bestmögliche Versorgung erhält, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

So ist offensichtlich, dass wer auf engem, aber teurem Wohnraum leben muss, es nicht nur schwerer hat die Ausgangsbeschränkungen zu ertragen, sondern auch ein höheres Infektionsrisiko hat.

Besonders krass wird dies bei Flüchtlingslagern deutlich. Dass die Bedingungen hier menschenunwürdig sind und fast keine Privatsphäre erlauben, hat der Staat unfreiwillig zugegeben, in dem er bei Corona-Fällen einfach ganze Lager

mit hunderten Bewohner:innen abgeschottet und unter Quarantäne gestellt hat.

Auch die Versorgung im Falle einer Infektion stand nie für alle im gleichen Maße zur Verfügung. Ärmere, von den kapitalistischen Zentren abhängige Länder haben viel stärker begrenzte medizinische Ressourcen. Um Impfstoff müssen sie bei den Großmächten betteln.

Aber auch innerhalb Deutschlands gilt das. Wer als Privatpatient ein Einzelbettzimmer hat, kann sich schon mal nicht bei seiner:er Bett Nachbar:in anstecken. Wer im Altenheim lebt und sich mit Corona infiziert, wird oft gar nicht mehr auf die Intensivstation verlegt.

Der Kapitalismus richtet die Gesellschaft auf das Ziel der Kapitalverwertung aus, nicht auf die Bedürfnisse der Menschheit. Gerade Corona macht das deutlich.

## PERSPEKTIVE ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

[www.perspektive-online.net](http://www.perspektive-online.net)

[fb.com/PerspektiveOn](https://www.facebook.com/PerspektiveOn)  
[t.me/perspektiveon](https://t.me/perspektiveon)  
[instagr.am/perspektiveonline](https://www.instagram.com/perspektiveonline)

### Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.  
 Kalk-Mülheimer Str. 124  
 51103 Köln

## PERSPEKTIVE MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 01511 6991583 einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

## MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ [perspektive-online.net/abo/](http://perspektive-online.net/abo/)
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. [info@perspektive-online.net](mailto:info@perspektive-online.net)
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ [perspektive-online.net/verein/](http://perspektive-online.net/verein/)
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. [perspektive-online.net/spenden/](http://perspektive-online.net/spenden/)

Foto1: Özügr Politica; Foto 2: Eigenes Foto; Foto 3: By Susanne Freitag (susi@fotodesignfreitag.de) - Tönnies Holding ApS Co & amp; KG per OTRS, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=82071695>

# PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

## Halle, Hanau, Celle – das waren keine Einzelfälle!

– Von Olga Wolf –

**In diesem Monat ist es ein Jahr her, dass ein rechter Terrorist neun migrantischen Jugendlichen das Leben nahm. Nicht nur für Angehörige und Freund:innen bedeutete dieser Anschlag einen Zeitpunkt, nach dem nichts mehr war wie zuvor. Was ist seit dem passiert?**

Noch am Abend des 19. Februar 2020 kamen in über 40 Städten Menschen zusammen. An diesem Abend haben tausende den Jugendlichen gedacht, Gerechtigkeit und Aufklärung gefordert und dafür gesorgt, dass ihre Namen nicht

vergessen werden. Spätestens nachdem ein „Manifest“ sein rassistisches und frauenfeindliches Weltbild offenbarte, war vielen klar: Der Täter hat seine Ziele bewusst ausgewählt.

Nur 40 Tage später kam das BKA zu einem abschließenden Urteil: Sicher sei es eine „rechte Tat“, aber noch lange kein „rechter Täter“. Der Mann könne gar nicht „rechtsextrem“ sein, denn er habe einem „dunkelhäutigen Nachbarn“ gelegentlich geholfen. Viele reagierten fassungslos und wütend, denn dieses Urteil zeigte

auch den Gutgläubigsten, dass auf den Staat bei der Aufklärung über Rassismus kein Verlass sein kann.

So wenig Raum auch die Berichterstattung zwischen all den Meldungen über die beginnende Corona-Pandemie einnahm: In ganz Deutschland haben Menschen gemeinsam getrauert und Konsequenzen gefordert. Auch, als der Vater des Attentäters begann, den Terror seines Sohnes fortzusetzen. Er betreibt bis heute eine Täter-Opfer-Umkehr, stellt Anzeigen gegen Angehörige, droht ihnen in Schreiben.



Angehörige der Ermordeten von Hanau





Und die Menschen haben sich auch dann das gemeinsame Gedenken und den Kampf um Aufklärung nicht nehmen lassen, als Infektionsschutzgründe vorgeschoben wurden, um eine Demonstration sechs Monate nach der Tat zu verbieten. Das ausgefeilte Hygienekonzept reichte der Stadt Hanau urplötzlich nicht mehr aus, so dass keine Zeit mehr für Verhandlungen blieb. Das bekräftigte tausende Menschen in über 30 Städten ein Zeichen für Solidarität und gegen rechten Terror zu setzen. Der Ärger war groß darüber, dass die Versammlung in Hanau verboten wurde, während in Berlin Coronaleugner:innen dicht an dicht standen - und doch waren die Angehörigen nie allein mit ihrer Trauer und der Wut.

## Rechte Netzwerke bei Polizei und Militär

Dass führende Politiker:innen sich noch immer zu rechtem Terror ausschweigen oder zumindest das Schwergewicht auf islamischen Terror legen, ist reichlich absurd. Fällt doch in die letzten Jahre der Mord an CDU-Politiker Walter Lübcke ebenso wie der antisemiti-

sche Angriff auf die Synagoge in Halle, bei dem der Täter nur durch Glück nicht in die Synagoge eindringen konnte - dennoch tötete er zwei Menschen. Er hinterließ ein Statement voll Rassismus und Frauenfeindlichkeit.

## Das alles sind nicht Einzelfälle die sich häufen, sondern rechte Gewalt mit System.

Im vergangenen Jahr haben sich die Nachrichten von rechten Chatgruppen, Verbindungen zum NSU, geheimen Todeslisten und rechten Strukturen bei der Bundeswehr geradezu überschlagen.

## Endstation für rechten Terror!

„Hanau soll keine Zwischenstation, sondern die Endstation des rechten Terrors sein!“ war die Parole im August. Die Untätigkeit der staatlichen Organe ließ diejenigen, die sich für Gerechtigkeit und Aufklärung einsetzen, nicht etwa ohnmächtig zurück. Im Gegenteil:

Aus dem Schmerz und der Trauer entwickelten sie Perspektiven zum Widerstand. Dem Andenken an die Jugendlichen gerecht zu werden bedeutet, solche Verbrechen nicht mehr zuzulassen.

Die Mutter des getöteten Ferhat Unvar, Serpil Temiz Unvar, startete eine Bildungsinitiative für antirassistische Aufklärung, die den Namen ihres Sohnes trägt. Auch die migrantische Selbstorganisation unter dem Namen „Migrantifa“ entstand so und ist heute eine der Initiativen, die die Kämpfe von Migrant:innen, People of Colour und Schwarzen Menschen in Deutschland verbindet.

Der Staat ist nicht nur untätig im Bezug auf rechte Gewalt, er ist oft genug selbst Täter. Egal ob es um rassistische Polizeigewalt oder die nicht von der Hand zu weisende Mitschuld an den Morden des NSU geht. Wenn wir rechten Terror aufklären und beenden wollen, müssen wir auf unsere eigene Stärke und Solidarität setzen. Wir gedenken Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamsa Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüzü, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu und Vili Viorel Păun - keine:r ist vergessen!

# Warum der Kapitalismus die Pandemie verlängert

– Von Paul Gerber –

**Es kommt jetzt auf jeden einzelnen an!“, „Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung!“ und derartige Sprüche kriegen wir in den letzten Monaten zuhauf zu hören. Die Spitzenpolitiker:innen haben einige Übung darin, die Einzelnen für die Pandemie in Geiselhaft zu nehmen. Das System ignorieren sie.**

## Kapitalistische Grenzen der Pandemiebekämpfung

Als Politiker:innen, die diesem System treu verpflichtet sind können natürlich weder Merkel noch die Ministerpräsident:innen die Grundpfeiler des Kapitalismus in Frage stellen. Zu denen gehört

insbesondere, dass wir alle täglich zur Arbeit kommen, um die Profite hoch zu halten, aber auch, dass der Staat den Unternehmer:innen möglichst wenig Vorschriften darüber macht, wie zu produzieren ist.

Gerade die Pandemie macht dies aber auf absurde Weise klar. Zum Beispiel, in dem der Rahmen für unsere Freizeitgestaltung von Krisensitzung zu Krisensitzung weiter verengt wird und sich längst die Infektionsketten nicht mehr nachweisen lassen; zugleich aber über das Risiko sich auf Arbeit zu infizieren, lange Zeit gar nicht gesprochen wurde.

In vielen Berufsgruppen – vor allem in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Supermärkten, Fleischbetrieben und im Versand-

handel bleibt von den theoretisch hohen hygienischen Ansprüchen in der Praxis wenig übrig. Das ist nicht den Beschäftigten anzulasten, sondern ein Ausdruck der chronischen Unterbesetzung und der enormen Arbeitsintensität in diesen Bereichen.

Erschwerend kommt hinzu, dass „krank sein“ in vielen Berufen verpönt ist; gerade wo sowieso zu viel Arbeit für zu wenig Arbeitskräfte der Normalfall ist, gibt es oft auch einen unausgesprochenen Druck auch krank zur Arbeit zu kommen. Vor allem aber ist allgemein bekannt, dass die mittlerweile teils mehrjährige Befristung von den Kapitalist:innen unter anderem genutzt wird, um den Krankenstand nach unten zu drücken.



Clemens Tönnies: in seinen Betrieben infizierten sich Tausende. Geschehen ist ihm bisher nichts.